

PRESSEMITTEILUNG

Auf der Jahres-Pressekonferenz des Wirtschaftsrates der CDU e.V., erklärte der Präsident Prof. Dr. Kurt J. Lauk u.a.:

„Bezahlbarkeit und Sicherheit der Energieversorgung müssen Vorrang behalten“

„Nur noch 26 Prozent der Mitglieder des Wirtschaftsrates halten die Energiepolitik der Union für stark - 67 Prozent für schwach. Es ist kein Trost, dass FDP, SPD und Grüne nicht viel besser eingeschätzt werden. Dieser Befund ist für einen von der Energie so sehr abhängigen Wirtschafts- und Industriestandort wie Deutschland dramatisch: Ein Jahr nach dem Start der Energiewende wird die Energiepolitik aller Parteien als verheerende Schwachstelle beurteilt. Dieser Vertrauenseinbruch ist massiv.

Rund 77 Prozent der Mitglieder des Wirtschaftsrates vermissen „einen klaren und verlässlichen Fahrplan“ für die Energiewende. Energiepolitik muss in einem europäischen Gesamtkonzept verzahnt, konzipiert und umgesetzt werden. Nationale Alleingänge führen in die Irre. In Deutschland müssen Bund und Länder großräumig denken und die Energiewende endlich als ein Gemeinschaftsprojekt verstehen, statt in die deutsche Kleinstaaterei des 19. Jahrhunderts zurück zu verfallen. Die Bundesfachplanung für den Stromausbau muss zügig umgesetzt und die Planfeststellungskompetenz auf den Bund verlagert werden. Gleichzeitig muss der Ausbau der erneuerbaren Energien bundesweit koordiniert werden. Die preistreibende Kleinstaaterei muss ein Ende haben.

Jetzt werden diejenigen Politiker und Parteien entlarvt, die in Berlin auf der Bundesbühne wohlfeil die Energiewende predigen und in der Provinz gegen die erforderliche Infrastruktur auf die Barrikaden steigen. Das wird den Akteuren auf Dauer nicht abgenommen. In den Sektionen und Landesverbänden des Wirtschaftsrates wird dieser Widerspruch intensiv beobachtet und regional zum Thema gemacht.

Der Wirtschaftsrat warnt vor einer Rückverstaatlichung der Energiewirtschaft. Seit 1998 sind die staatlichen Abgaben auf den Stromrechnungen um 178 Prozent angestiegen. Deutschland kann es sich nicht länger leisten, die bisherige Subventionspolitik fortzusetzen. Die Kostenexplosion bei erneuerbaren Energien droht zum Spaltpilz der Gesellschaft zu werden. Es kann nicht sein, dass je billiger die Tonne Kohlendioxid, desto teurer die Stromrechnung für die Haushalte. Erneuerbare Energien sind den Kinderschuhen entwachsen und brauchen keine väterliche Subventionswirtschaft mehr. Notwendig ist eine grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes:

- Allein 2012 werden Verbraucher mit Solarschulden von 18 Milliarden Euro belastet. Die Abhilfe steckt im Bundesrat fest. Es darf nicht sein, dass 50 Prozent der milliardenschweren Subventionen in den Ausbau der Sonnenenergie fließen, wir damit Arbeitsplätze in China finanzieren während der Beitrag zur deutschen Stromversorgung nur drei Prozent beträgt. Wir müssen gegensteuern: Die Dauersubventionen müssen durch ein Anreizsystem ersetzt werden. Der absolute Einspeisevorrang für erneuerbare Energien überprüft werden. Sonst wird in Deutschland kein einziges Kraftwerk mehr

gebaut. Die Eigenvermarktung muss gestärkt werden. Erneuerbare Energien müssen sich jetzt aus eigener Kraft am Markt durchsetzen.

- Der Ausbau der erneuerbaren Energien auf Europa muss so verteilt werden, dass die größten Effizienzen erzielt werden. Das gilt für Wind- wie Solarenergie gleichermaßen. Daher unterstützen wir die Strategie von EU-Kommissar Oettinger zur schrittweisen Harmonisierung der Fördermechanismen.
- Starre Förderquoten für einzelne Energieträger lehnt der Wirtschaftsrat ab. Ihre Wettbewerbsfähigkeit muss sich am Markt beweisen.

Der Wirtschaftsrat begrüßt, dass die Kanzlerin die Koordination der Energiewende zur Chefsache gemacht hat. Unsere Weltklasse-Industrie braucht ein Weltklasse-Projektmanagement, um unsere Energieversorgung sicherzustellen. Das zu schaffen, ist Maßstab für den Erfolg der Energiepolitik in Deutschland. Unser Land hat in Sachen Energie die Pionierrolle übernommen. Das bedeutet in der Konsequenz, Verantwortung zu übernehmen. Politik und Wirtschaft sitzen hier in einem Boot. Wir dürfen nicht zulassen, dass das tragende Fundament unseres Wirtschafts- und Industriestandortes zerstört wird.“

Berlin, 11. Juni 2012

Kontakt:

Erwin Lamberts

Pressesprecher

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Tel.: 030 / 24 087 – 301

Fax: 030 / 24 087 – 305

E-Mail: e.lamberts@wirtschaftsrat.de